



Nito Alves, 2012 @ Privat

## AMNESTY INTERNATIONAL FORDERT

- Keine Nutzung des Strafjustizsystems, um gegen Aktivist\_innen und Menschenrechtler\_innen vorzugehen und sie zu drangsaliieren
- Beenden der Einschüchterung und willkürlichen Inhaftierung von Aktivist\_innen und Menschenrechtsverteidiger\_innen
- Achtung der Rechte auf Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit in Angola

Amnesty International setzt sich auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für eine Welt ein, in der die Rechte aller Menschen geachtet werden. Die Stärke der Organisation liegt im freiwilligen und finanziellen Engagement von weltweit mehr als drei Millionen Mitgliedern und Unterstützern unterschiedlicher Nationalitäten, Kulturen und Altersgruppen. Gemeinsam setzen sie Mut, Kraft und Fantasie für eine Welt ohne Menschenrechtsverletzungen ein. Amnesty erhielt 1977 den Friedensnobelpreis.

- Amnesty engagiert sich seit über 50 Jahren erfolgreich
- für die Freilassung von Menschen, die allein deshalb inhaftiert sind, weil sie friedlich ihre Überzeugung vertreten oder die wegen ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung oder Religion verfolgt werden
  - für den Schutz der Rechte von Flüchtlingen
  - für den besonderen Schutz der Rechte von Frauen und Mädchen
  - für die Verhinderung von Folter, Todesstrafe und politischem Mord
  - für den Schutz und die Unterstützung von Menschenrechtlern
  - für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und die Bestrafung der Täter
  - für wirksame Kontrollen des Waffenhandels
  - für die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte

Amnesty International finanziert sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Regierungsgelder lehnt Amnesty ab, um finanziell und politisch unabhängig zu bleiben. Menschenrechtsarbeit ist nicht umsonst. Unterstützen Sie Amnesty International!

Der Regionalverbund Westafrika koordiniert die Amnesty-Arbeit zu den Ländern Westafrikas sowie zu Angola und Mosambik.  
Weitere Informationen auf: [www.amnesty-westafrika.de](http://www.amnesty-westafrika.de)

Amnesty International Sektion der Bundesrepublik Deutschland e.V.  
Kogruppe 2024, Liebfrauenstraße 2, 45881 Gelsenkirchen  
T: +49 (0) 209 819335 E: [info@amnesty.de](mailto:info@amnesty.de) W: [www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)  
SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00  
IBAN: DE 233 702050 0000 8090 100 . BIC: BFSWDE 33XXX

© Amnesty International, Kogruppe 2024, 08/2016,  
V.i.S.d.P.: Ulrich Fehling  
Titelbild: Luanda, Platz der Unabhängigkeit © Amnesty International

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de) [www.twitter.com/amnesty\\_de](https://twitter.com/amnesty_de)  
[www.facebook.com/amnestydeutschland](https://www.facebook.com/amnestydeutschland)



## ANGOLA

MEINUNGSFREIHEIT VERTEIDIGEN,  
MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER  
SCHÜTZEN

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



## Hintergrund

Nach dem Unabhängigkeitskampf mehrerer Befreiungsbewegungen gegen die Kolonialmacht Portugal seit 1961 und der Erlangung der Unabhängigkeit 1975 setzte sich 1976 die MPLA mit Unterstützung der UdSSR und Kubas gegen die konkurrierenden FNLA und UNITA durch. Es folgte ein langer und blutiger Bürgerkrieg zwischen der sozialistischen MPLA-Regierung und der UNITA, der nach mehreren gescheiterten Versuchen der Konfliktlösung letztlich erst 2002 mit dem Tod des UNITA-Anführers Savimbi endete. Seitdem ist die Herrschaft des seit 1979 im Amt befindlichen Präsidenten José Eduardo dos Santos (MPLA) im Rahmen eines autoritären Präsidialsystems wenig angefochten. Die neue Verfassung von 2010, nach der der Vorsitzende der stärksten Partei automatisch Staatspräsident und Regierungschef wird, hat seine Position noch gestärkt. Seinen für 2017 erwarteten Rückzug hat er wieder in Frage gestellt.

Dank hoher Einkünfte besonders aus der Erdölförderung - Angola ist nach Nigeria das größte Erdöl produzierende Land Afrikas - kam es in den vergangenen Jahren zu einer rasanten wirtschaftlichen Entwicklung, von der allerdings wegen eines hohen Maßes an Korruption und an sozialer Ungleichheit nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung profitiert.

Der Verfall der Ölpreise seit 2014 hat negative Auswirkungen auf die Wirtschaft Angolas, die in hohem Maße von Einnahmen aus dem Erdölverkauf abhängig ist. Die Bevölkerung leidet unter Kürzungen im Staatshaushalt, der hohen Inflation und dem fallenden Kurs der Landeswährung Kwanza, wodurch Importe teurer werden. Es wird auch von Lebensmittelknappheit berichtet. Die soziale Unzufriedenheit und Kritik an der politischen Führung, die auch weiterhin die staatlichen Einnahmen als ihre Pfründe ansieht, steigt dadurch.

## Menschenrechte

Gewaltlose politische Gefangene

Die Behörden verhafteten in den vergangenen Jahren Regierungskritiker, Menschenrechtsverteidiger, politisch engagierte Menschen und Journalisten.

Der Menschenrechtsverteidiger José Marcos Mavungo wurde am 14. September 2015 zu einer Freiheitsstrafe von sechs Jahren verurteilt. Die gegen ihn erhobene Anklage der "Rebellion" gilt als Straftat gegen die Staatssicherheit. Er war Mitorganisator einer friedlichen Demonstration, die am 14. März 2015, dem Tag seiner Festnahme, in Cabinda stattfand. Ihm wurde vorgeworfen, in Verbindung zu einer Gruppe von Männern zu stehen, bei denen man am Tag vor der Demonstration Sprengstoff und Flugblätter gefunden hatte. Es konnten jedoch weder Beweise für eine Verbindung von José Marcos Mavungo zu den Männern noch für seine Beteiligung an der Erstellung der

Flugblätter vorgebracht werden. Am 19. Mai 2016 sprach der Oberste Gerichtshof Angolas als Berufungsinstanz ihn wegen nicht ausreichender Beweise frei und ordnete seine Freilassung an, die dann am folgenden Tag erfolgte.

Der Rechtsanwalt und Vorsitzende der Anwaltskammer der Provinz Cabinda, Arão Bula Tempo, wurde am 14. März 2015 in Cabinda festgenommen und unter Auflagen am 13. Mai wieder auf freien Fuß gesetzt. Am 22. Oktober 2015 erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen ihn wegen "Zusammenarbeit mit ausländischen Staatsangehörigen gegen die Interessen des angolanischen Staates" und wegen "Rebellion". Die Höchststrafe für diese Tatbestände beträgt fünf bzw. zwölf Jahre. Die beiden Anklagepunkte stützten sich auf den Vorwurf, dass Arão Bula Tempo Journalisten aus der Republik Kongo eingeladen hatte, damit diese über die von José Marcos Mavungo organisierte Demonstration berichteten (siehe oben). Am 12. Juli 2016 ließ das Gericht in Cabinda die Anklagen aus Mangel an Beweisen fallen.

Im Zeitraum vom 20. bis 24. Juni 2015 nahmen Sicherheitskräfte in der angolanischen Hauptstadt Luanda 15 junge Aktivisten fest und inhaftierten sie, nachdem sie an einem friedlichen Treffen teilgenommen hatten, auf dem politische Themen sowie Probleme der Regierungsführung unter Präsident José Eduardo dos Santos diskutiert wurden. Am 16. September 2015 erhielten sie Anklagen wegen "Vorbereitung eines Aufstands" sowie "Verschwörung gegen den Präsidenten". Zwei Aktivistinnen wurden der gleichen Straftaten angeklagt, blieben jedoch auf freiem Fuß. Gegen drei Aktivisten wurden weitere Anklagen vorgebracht: Manuel Nito Alves soll seinen Namen illegal geändert haben (Höchststrafe ein Monat Gefängnis); der Rapper Luaty Beirão soll Dokumente gefälscht haben (Höchststrafe acht Jahre Haft); Osvaldo Caholo wurde Diebstahl von Dokumenten zur Last gelegt (Höchststrafe acht Jahre Gefängnis). Der Prozess gegen die 17 Aktivist\_innen begann am 16. November 2015. Er verstieß gegen zahlreiche internationale Standards für faire Gerichtsverfahren, darunter das Recht auf ein öffentliches Verfahren und auf ein Verfahren ohne schuldhaftes Verzug. Am 28. März 2016 verurteilte das Gericht die Angeklagten zu Haftstrafen zwischen zwei und achteinhalb Jahren, die sie umgehend antreten mussten. Gegen die Haftstrafen wurden Rechtsmittel eingelegt. Diesen gab das Berufungsgericht am 29. Juni 2016 statt und ordnete die bedingte Freilassung der 17 an. Im Juli 2016 hat das angolanische Parlament eine Amnestie beschlossen, unter die alle zu einer Haftstrafe bis zu zwölf Jahren Verurteilten fallen, also auch die 17 Aktivist\_innen.

Versammlungsfreiheit

Demonstrationen wurden von den Behörden immer wieder verboten, obwohl sie laut Gesetz nicht genehmigt werden müssen. Wenn Demonstrationen stattfanden, nahmen

Polizeikräfte friedliche Demonstrierende häufig willkürlich fest und inhaftierten sie. In einer Reihe von Fällen nahmen Polizeiangehörige Demonstrierende in Gewahrsam, misshandelten sie mit Schlägen und setzten sie Hunderte Kilometer vom Ort der Festnahme entfernt aus.

Am 23. Juli 2016 verhaftete die Polizei von Benguela gegen Mittag etwa 35 junge politische Aktivist\_innen, die an einer Demonstration teilnehmen wollten, um von der Regierung effektive Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation zu fordern. Die meisten der Verhafteten saßen in einem Bus, der sie zur Demonstration bringen sollte, als sie verhaftet wurden. Der Fahrer wurde ebenfalls verhaftet. 13 weitere Aktivist\_innen verhaftete die Polizei später am Startpunkt der Demonstration. Die Verhafteten wurden zur zentralen Polizeistation von Benguela gebracht und am selben Abend gegen 19.00 Uhr wieder freigelassen. Die Provinzregierung von Benguela hatte sich im Vorfeld ohne Begründung geweigert, die Demonstration zu genehmigen – eine Verletzung des Rechts auf friedliche Versammlung.

Recht auf freie Meinungsäußerung



Rafael Marques de Morais © Privat

Der Journalist Rafael Marques de Morais, dessen zentrale Themen Korruption und Menschenrechte sind, wurde im Mai 2015 der Verleumdung für schuldig befunden. Der Schuldspruch stützte sich auf den Vorwurf, er habe sich durch die Veröffentlichung seines 2011 erschienenen Buches mit dem Titel *Blutdiamanten: Korruption und Folter in Angola* strafbar gemacht. Rafael Marques de Morais erhob in dem Buch gegen mehrere Generäle und zwei Bergbaufirmen den Vorwurf, an den Menschenrechtsverstößen in den Diamantenfeldern der Provinzen Lunda Norte und Lunda Sul beteiligt gewesen zu sein. Ein Gericht verurteilte den Journalisten zu sechs Monaten Haft, die zu zwei Jahren auf Bewährung ausgesetzt wurden. Seine Anwälte legten im Juni 2015 Rechtsmittel vor dem Obersten Gerichtshof ein, zu einer Verhandlung darüber kam es jedoch bisher nicht. Durchschnittlich vergehen in Angola zwei Jahre, bevor Berufungsverfahren stattfinden.